

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Forsdorf, Elba, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standtitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 4.40.— ohne Austragen, Post einschl. der Postgeb. monatl. freibl. Mk. 4.80.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Gespaltene Korpuszeile 20.— Mk., auswärts 20.— Mk. Anl. l. d. Z. Mk. 35.—, Reklamezeile Mk. 40.—, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 400.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausstütern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: **Gang & Gule, Naunhof** bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 1

Donnerstag, 4. Januar 1923

34. Jahrgang

Amthliches.

Der Preis für das im Monat Dezember 1922 entnommene **Gas** beträgt 170 Mk. je cbm.

Die **Abzugszahlung** für den Verbrauch im Januar d. J. wird nach demselben Einheitsfuß berechnet.

Vom 1. Januar 1923 ab beträgt die monatliche **Miete für Gasmesser:**

20 Mk. für einen 3flammigen Messer,	
30 " " " 5 " " "	
40 " " " 10 " " "	
50 " " " 20 " " "	
100 " " " größere Messer.	

Naunhof, am 2. Januar 1923. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage fanden die einstimmige Billigung des deutschen Kabinetts.

Der Plan Bonar Law's, die deutsche Schuldsumme auf 50 Milliarden Goldmark festzusetzen, wird von deutschen Regierungskreisen als untragbar erklärt.

Die deutsche Regierung hat an die Vorkonferenz eine Note in der Frage der Dulschiner Grenze gerichtet. Sie hat darin um Angabe der Gründe ersucht, die dazu geführt haben, daß der deutsche Ort Haatzsch der Tschepowitzer zugesetzt wurde.

Der amerikanische Senator Bursum brachte einen Gesetzentwurf über Erhöhung von Krediten an Deutschland im Gesamtbetrag von einer Milliarde Dollar für den Ankauf von Lebensmitteln in den Vereinigten Staaten ein.

Die amerikanische Regierung hat bereit, eine Kommission wirtschaftlicher Sachverständigen nach Europa zu senden, um bei der Wiederherstellung notleidender Länder mitzuhelfen.

Amerikas guter Wille.

In dem Augenblick, da die Wiederaufnahme der Ministerpräsidentenbesprechungen in Paris beginnt, scheint es fast, als wolle sich in Amerika noch mit aller Gewalt irgend eine Art von Hissaktion für Deutschland durchsetzen. Im Weißen Hause zu Washington, wo der Senat, der in auswärtigen Fragen maßgebende Teil des amerikanischen Kongresses, seinen Sitz hat, überstürzten sich förmlich die Anträge und Anregungen in der Reparationsfrage, ohne daß man allerdings, bei der Mangelhaftigkeit der Berichterstattung von der Neuen in die Alte Welt, die Tragweite aller dieser Vorgänge auch nur mit einiger Sicherheit erkennen kann.

Der Senator Borah, dessen Name in diesem Zusammenhang in den letzten Tagen am allerhäufigsten genannt wurde, und der am ungestümsten auf eine Befehlshandlung dessen, was man für Deutschland tun könne, drängte, hat freilich nach dem brieflichen Einspruch des Präsidenten Harding sich auf eine mehr platonische Stellungnahme zurückgezogen und für seine Person nunmehr darauf verzichtet, in die vom Staatsoberhaupt geplante Aktion förmlich einzugreifen. Wenn es nach seinen Wünschen gegangen wäre, hätte Harding von sich aus die Initiative zur Einberufung einer sogenannten Weltkonferenz ergreifen sollen, während in Wirklichkeit anscheinend Anregungen nach dieser Richtung von anderer Seite an den Präsidenten der Vereinigten Staaten herangetragen sind. Begreiflich, daß dieser sich in einer sehr besonnenen Lage fühlt und mit dem, was er im Augenblick denkt und zu unternehmen beabsichtigt, nicht auf die Straße hinauszu treten möchte. Sein Staatssekretär Hughes nimmt dafür neuerdings den Gedanken wieder auf, einen Gerichtshof aus Sachverständigen aller Nationen zusammenzubringen, dessen Feststellungen mehr Autorität zukommen würde als dem von neutralen und internationalen Finanzfachverständigen jüngst in Berlin erstatteten Gutachten. Dieser Gerichtshof würde aus sich heraus keine letzte Entscheidung zu fällen, sondern seine Berichte den interessierten Ländern zur Prüfung vorzulegen haben — was aber dann aus ihnen würde, darüber schweigt auch dieses Säugers Höflichkeit. Zudem geht er an der Tatsache, daß ja keine Zeit mehr zu verlieren ist, da mit dem 15. Januar wieder einmal ein kritischer Tag erster Ordnung für die Beziehungen Deutschlands zu seinen Gläubigerstaaten gekommen ist, völlig achtlos vorüber. Frankreich ist aber offenbar nicht geneigt, sich die Gunst seiner zeitlichen Zwangslage von dritter Seite aus der Hand winden zu lassen. Dazu hätte die amerikanische Regierung schon etwas früher aufstehen müssen.

Ein anderer Gedanke geht von den Senatvertretern der amerikanischen Südstaaten aus. Man weiß, daß diese in der hauptsächlich landwirtschaftlich interessierten Staaten unter der Abschottung nach Europa hin besonders stark zu leiden haben, und so ist es gewiß nicht weniger als selbstlos gedacht, wenn sie dem Deutschen Reich, einem ihrer Hauptabnehmer für Getreideprodukte, mit Lieferungskrediten zuhelfen wollen. Zu diesem Zweck haben sie jetzt einen Gesetzentwurf im Senat eingebracht, der und einen mehrjährigen Kredit von einer Milliarde Dollar zum Einkauf von Lebensmitteln und Rohstoffen gewähren soll. Der Senat hat diesen Entwurf ohne jede Erwiderung seiner Finanzkommission zur

Beratung überwiesen. Natürlich soll der Kredit an bestimmte Bedingungen geknüpft werden, die Deutschland anzunehmen hat, bevor er in Wirksamkeit treten kann. Welcher Art aber diese Bedingungen sind, darüber hat man bis jetzt noch nichts Bestimmtes erfahren. Nur so viel wird mitgeteilt, daß Deutschland für den Kredit **Schaffschein** begeben soll, die durch **Industrieobligationen** zu decken wären. Der Kredit soll in zehn Jahren getilgt und mit 5% verzinst werden. Was für deutsche Ehren ganz annehmbar klingen mag. Aber der Kredit der deutschen Industrie wird wohl in erster Reihe zur Sicherung der neuen Vorschläge einzusetzen sein, die die Reichsregierung soeben fertiggestellt und nach Paris übermittelt hat. Daß er darüber hinaus noch die Tragfähigkeit bestreiten könnte, um einen solchen amerikanischen Milliardenkredit zu gewährleisten, muß man als wenig aussichtsreich bezeichnen. Übrig bleibt hier lediglich die Feststellung eines guten Willens, den wir, auch wenn er durch eigene amerikanische Interessen hervorgerufen ist, mit Dank begrüßen können.

Als ein kleines Attribut bleibt er allenfalls bestehen, wenn die neuen Pariser Verhandlungen zu keiner endgültigen Verständigung mit Deutschland führen sollten. Ein Ergebnis, das einzuweisen die ungleich größere Wahrscheinlichkeit für sich hat.

Dr. Cunos Hamburger Rede.

Deutschland und das Reparationsproblem.

Hamburg, 1. Januar.

Am Silvesternachmittag fand auf Einladung der Handelskammer in der Börse eine außerordentliche Versammlung der Gesellschaft eines „Ehrbaren Kaufmanns“ statt, die in Erwartung der angekündigten Erklärungen des erschienenen Reichskanzlers Dr. Cuno außerordentlich zahlreich besucht war. Unter den Erschienenen, deren Zahl insgesamt auf 4000 bis 5000 geschätzt wurde, bemerkte man die hervorragendsten Vertreter des Hamburger Wirtschaftslebens. Nach der Begrüßung des Kanzlers durch den Präsidenten Witthoefft nahm Reichskanzler Dr. Cuno alsbald das Wort.

Die Erklärungen des Kanzlers.

Dr. Cuno begann mit den Worten, daß er an der Wende des alten zum neuen Jahre gerne die Gelegenheit benutze, über die großen Sorgen zu sprechen, die unser aller Herz bezeuge. Sein grundsätzlicher Standpunkt zum Reparationsproblem ist aus meiner Rede im Reichstage bekannt. Rechtlich und tatsächlich ist diese

Frage der Leistungsfähigkeit

entscheidend: rechtlich, weil nach dem Vertrage von Versailles die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands das Maß für den Umfang der Verpflichtungen Deutschlands geben, tatsächlich, weil eine Überschreitung der Leistungsfähigkeit zur Vernichtung und zur Zerrüttung der Substanz und künftiger Leistungsmöglichkeiten führen muß, nie aber zu einer Steigerung der Leistungen führen kann. Ihnen allen ist das Gutachten bekannt, das das internationale Anleihekomitee in Paris nach einer rein wirtschaftlichen Prüfung der Sachlage im Juni d. J. der Reparationskommission erstattet hat. Dieses Dokument, nach meiner Überzeugung das weiseste und mutigste, was je über die Reparationsfrage geschrieben ist. Der kurze Sinn dieses denkwürdigen Dokumentes ist, daß Deutschland aus eigenen Mitteln die ihm zugemuteten Reparationslasten nicht tragen kann, daß es dazu vielmehr an den internationalen Kapitalmarkt appellieren muß, daß ein solcher Appell aber nur dann Erfolg verspricht, wenn die Schuldsumme des Londoner Ultimatus auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wird, die Reparationsfrage geregelt und Europa von dem Damoklesschwert der Zwangs- und Gewaltmaßnahmen der Sanktionen und Retorsionen befreit wird. Die Sachverständigen sind überdies einig darin, daß jeder Versuch zur

Stabilisierung der Mark

scheitern muß, solange Deutschland nicht für einige Zeit von den Zahlungen aus dem Versailler Vertrag entlastet wird. Neue Erörterungen und neue Untersuchungen haben uns in der Erkenntnis befestigt:

Deutschland braucht, um leisten zu können, internationale Anleihen, aber Deutschland hat nur dann Aussicht auf solche Anleihen, wenn seine Leistungsfähigkeit endgültig hergestellt ist. Das Ziel unserer Arbeit war, die Leistungsfähigkeit Deutschlands festzustellen und Mittel und Wege zu finden, um diese Leistungsfähigkeit für die endgültige Lösung der Reparationsfrage nutzbar zu machen. Das ist in enger Fühlung mit Personen und Kräften des Wirtschaftslebens geschehen.

Das Bild von dem Rest unserer Leistungsfähigkeit ist trübe. Es ist wahr, daß unsere deutsche Wirtschaft bedeutende Merkmale des Ruins zeigt. Es ist Ruin, wenn unser Ackerboden nicht mehr so befestigt und gedüngt ist wie vordem, wenn wir für die Volksernährung keine neuen Häuser bauen, wenn unsere Industrie die ständigen Betriebsmittel zum größten Teil verloren hat. Trotzdem haben wir wahrlich Leistungen an die Gegenseite durchgeführt, wie sie größer sein Volk in der neueren Geschichte als Kriegenschaubildung je abgetragen hat. Neben den Notwendigkeiten, die für Deutschland wie für seine Gläubiger gelten, steht das Bedürfnis vor allem Frankreichs, alsbald mit einer bestimmten Summe **wort** **rechnen** zu können. Auch dies

Bedürfnis ist uns mit unseren Vertragsgegnern gemeinsam. Denn wir brauchen gleichfalls bestimmte Größen für die gegenwärtigen und Zukunftsberechnung unserer nationalen Wirtschaft.

Sind wir entschlossen, eine feste erste Summe auf uns zu nehmen. Wir sind bereit, diese feste Summe in Anleihen durch Vermittlung eines internationalen Finanzkonsortiums aufzubringen und, soweit dies im Anleihewege nicht gelingt, Zins und Tilgungsquote zu bezahlen. So würde die Grundlage dafür geschaffen werden, daß die aufeinander angewiesenen Industrien Europas, namentlich die Frankreichs und Deutschlands, zu langfristiger Ausgleich ihrer Interessen mit dem Endziel höchstmöglicher Produktivität zu **zusammenarbeiten**; zu einer solchen Kooperation sind die deutschen Wirtschaftskräfte bereit.

Der Reichskanzler wies auf die schwere Verantwortung hin, die in dem unrichtigen Vorschlag liege. Aber von diesem Vorschlag aus könne man mit aller Kraft daran gehen, die Mark wieder zu einem festen Wertmesser zu machen.

Die Reichsregierung weiß, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands, namentlich der Industrie und der Landwirtschaft, trotz der sorgenvollen Frage, ob die Grenze unserer Leistungsfähigkeit nicht schon überschritten sei, entschlossen sind, die Regierung bei der Durchführung ihres Vorschlages zu unterstützen.

Die Regierung sei gewillt, die ganze Kraft der Wirtschaft auf die Seite des Staates zu sammeln. So werde sie dem Anleihekonfortium jede vernünftige Sicherheit einräumen. Zur Mitwirkung sei die deutsche Wirtschaft bereit. Das Schicksal unserer bisherigen Vorschläge habe uns ab, heute schon die neuen Vorschläge der Gegenseite in allen Einzelheiten zu unterbreiten. Deshalb hätten wir die Gegenseite ersucht, einem Vertreter der Reichsregierung in Paris Gelegenheit zu geben, der dort beginnenden Konferenz die deutschen Vorschläge als Antrag der Reichsregierung schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern.

Für eine **Wänderpolitik**, von welcher drüben die Rede ist, ist kein Raum. Aber trotzdem solche Wänder heißt, hat nicht wirtschaftliche, sondern politische Ziele im Auge. Wer sie nimmt, begeht Vertragsbruch und Gewalt. Die Verwirklichung der politischen Wänderpolitik bedeutet den Tod aller wirtschaftlichen Reparation.

In Frankreich werde die Notwendigkeit der Befolgung der Abzinsgebote auch wegen der angeblichen kriegerischen Gelüste in Deutschland hervorgehoben. Um den Beweis für unsere Friedfertigkeit zu liefern, haben wir die französische Regierung durch Vermittlung einer dritten Macht wissen lassen, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit Frankreich und den anderen am Rhein interessierten Großmächten sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein nicht interessierten Großmacht

für ein Menschenalter, also ein Mehrfaches der im Vertrage von Versailles vorgesehenen Befehlshausfrist, fernerlich zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung gegeneinander keinen Krieg zu führen. Eine solche Verpflichtung würde alle beteiligten Völker statt auf Krieg auf Frieden einstellen und die denkbar sicherste Friedensgarantie bieten. Zu meinem Bedauern muß ich mitteilen, daß Frankreich dieses Anerbieten abgelehnt hat.

Diese endgültige Lösung verlangt die Vereinigung aller Kräfte. Aber dann ist auch notwendig, daß alle Kräfte nur auf diesen Wirtschaftsplan der Reparation vereinigt werden, ohne Nebenlasten und Nebenleistungen. Darum muß die endgültige Lösung dem deutschen Volke die wirtschaftspolitische Freiheit und Gleichberechtigung wiedergeben. Sie muß den Abbau der Befassung der deutschen Lande am Rhein bringen.

Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort müssen geräumt werden. Die endgültige Lösung muß die Abgabe sein an jede Politik von Sanktionen und Retorsionen, von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen. Der Kanzler gebietet der Friedensbotschaft des Papstes und spricht die Hoffnung aus, daß das neue Jahr uns unseren hohen Zielen näherbringen werde.

Wir alle im deutschen Volke müssen den Entschluß fassen, und durch nichts, aber auch gar nichts trennen zu lassen und weiter in Einigkeit und Recht um die Freiheit des Volkes und Vaterlandes ringen.

Die Rede des Kanzlers wurde wiederholt von starkem enthusiastischen Beifall unterbrochen. Nach Schluß der Aussprache dankte Handelskammerpräsident Witthoefft dem Kanzler und erklärte, daß Handel, Industrie und Schifffahrt in allen ihren Zweigen bereit sein werden, zu den alleräußersten Opfern, wenn es gilt, die deutsche Wirtschaft aus ihren Fesseln zu befreien zur Unterstützung aller feiner hierauf gerichteten Bestrebungen.

Paris.

Was wird die Konferenz bringen?

Als Fortsetzung der Londoner Besprechungen, die ergebnislos abgebrochen wurden, haben sich nun die alliierten Ministerpräsidenten in Paris um den grünen Tisch gesetzt, um die Reparationsvorschläge zu beraten, die von verschiedenen Seiten vorliegen. Man sieht in politischen Kreisen, besonders auch in England, diesen Besprechungen ohne jeden Optimismus

entgegen, denn noch ist keine Grundlage zu erblicken, auf der diesmal eine Einigung statifinden könnte. Die deutschen Vorschläge haben die erwartete Billigung des